

## Staatsschulden

<b>I. Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>II. Staatsschuldenkrise</b>	<b>2</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>● Zur Bedeutung von Staatsschulden</li> <li>● Unproduktive Schulden – Schulden zur Bedienung alter Schulden</li> <li>● Sonderfall Schweiz? Kritik der Schuldenspirale, (neo-)liberaler Alarmismus und Schuldenbremse</li> <li>● Historisches und Grundlegendes zu Schulden</li> </ul>	
<b>III. Ursachenanalysen</b>	<b>6</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>● Deregulierung der Finanzmärkte</li> <li>● Wachsende Ungleichheiten</li> <li>● Explosion der Vermögensansprüche</li> <li>● Kapitalüberakkumulation</li> <li>● Makroökonomische Ungleichgewichte</li> <li>● Kumulative Kriseneffekte</li> <li>● Kapitalismus als Dauerkonjunkturprogramm</li> </ul>	
<b>IV. Schuldenpolitik</b>	<b>11</b>

### I. Einleitung

Noch vor gut einem Jahr sprach Klaus Schwab in seinem vielzitierten Beitrag auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos von einer 'Krise des Kapitalismus'. Doch ist es den Eliten und den Medien innert kürzester Zeit gelungen, die Wahrnehmung zu verschieben und die Krise der Staatsverschuldung ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Diese Verschiebung und Umdeutung dient handfesten Interessen an einer Beibehaltung neoliberaler Sparpolitik, wie wir im letzten Denknetz Infobrief zu "Europa in der Krise" ausführlich dargestellt haben. Das EU-Krisenmanagement verbindet eine in sozialer wie wirtschaftlicher Hinsicht desaströse Austeritätspolitik mit einer milliardenschweren Rettungs-

maschinerie, infolge derer "Europa", so ein zynischer aber treffender Kommentar in der SZ, vom 22.8.2012 "unter dem Druck des Finanzmarkts zum reinen Einlagesicherungssystem und Inkassobüro für Staatsschulden" wird. Die Instrumentalisierung von Staatsschulden zur Vermeidung einer grundlegenden Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse macht allerdings eine Analyse der Staatsschulden keineswegs obsolet. Inwieweit diese selbst Ausdruck jener Verhältnisse sind, von denen der Staatsschuldendiskurs ablenkt, soll im folgenden Infobrief erörtert werden. Wie immer soll dabei die Debatte ohne Anspruch auf Vollständigkeit strukturierend zusammengefasst werden.



Dieses Symbol verweist auf einen Text, der per Mausklick abgerufen werden kann. Die URL wird für den Ausdruck vollständig angegeben.

Inhalt und Gestaltung: Holger Schatz. Ein besonderer Dank geht an Beat Ringger für Anregungen und Kommentare. Ältere Ausgaben des Infobriefs sind auf unserer Homepage abrufbar.

## II. Staatsschuldenkrise

Angesichts der derzeitigen Verteufelung von Staatsschulden scheint zunächst ein nüchterner, grundsätzlicher Blick auf das Wesen und die Funktion von Staatsschulden geboten zu sein.

### Zur Bedeutung von Staatsschulden

Es existieren zahlreiche grundsätzliche Analysen des Phänomens Staatsschulden, die deren grundlegende Bedeutung – im Gegensatz zu privaten Schulden – für das Funktionieren des Kapitalismus herausstreichen und dabei versuchen, einige gängige Mythen zu widerlegen. Für das Denknetz hat **Andres Frick** vom KOF der ETH Zürich im Denknetz Jahrbuch 2005 die Frage: "Sind Schulden etwas Verwerfliches?" erörtert und im aktuellen Jahrbuch 2012 diskutieren **Stefan Kaufmann** und **Ingo Stützle** "Die politische Ökonomie des Sparstrumpfes". Im folgenden seien die wichtigsten Aspekte einer solchen "Relativierung" des Problems der Staatsschulden dargestellt.

### *Staatsschulden sind nicht per se problematisch*

Im Gegensatz zum privaten Konsumkredit, der eine Art vorgezogenes Sparen darstellt und den Privathaushalt „ärmer“ macht (Rückzahlung plus Zinsen), können Staatsschulden zusätzliches Wirtschaftswachstum generieren. Wächst mit den Schulden das BIP – bleibt die Schuldenquote also weitgehend konstant – sei dies „unproblematisch“, so Kaufmann und Stützle. Der aktuelle Anstieg der Schuldenquote habe nichts mit verschwenderischen Haushalten zu tun (wenn man die Staatsausgaben zur Reparatur der Krisenfolgen rausrechnet dann sinken die Staatsquoten im Allgemeinen deutlich), sondern ist auf die Folgen der Krise und das Sinken der Steuereinnahmen zurückzuführen.

Andres Frick argumentiert ähnlich. Letztlich komme es immer auf die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Kreditaufnahme an. Neben der Frage ob die Schulden "investitiv", also wachstumsfördernd eingesetzt werden (siehe den folgenden Abschnitt) komme es auch auf die Auswirkungen hinsichtlich der Gesamtnachfrage an, etwa wenn der Staat durch Steuererhöhungen private Kaufkraft entziehe. In diesem Zusammenhang sei auch entscheidend, ob sich der Staat im In- oder Ausland verschulde.

Für die Beurteilung eines Staatshaushaltes müssen überdies nicht nur die Schulden, sondern auch die Verbindlichkeiten sowie das staatliche Vermögen (inkl. Zinserträge aus dem staatlichen Vermögen) betrachtet werden. Die **OECD** führt deshalb eigens eine Statistik (General Government Net Financial Liabilities), die Schulden und Forderungen zugleich berücksichtigt. Im Falle der Schweiz ergibt sich für 2012 dabei folgendes Bild. Während die Bruttoschuldenquote (gemäss der Statistik „gross financial liabilities“) mit 39% angegeben wird, ist die Nettoschuldenquote (Bruttoschulden abzüglich aller staatlicher Vermögenswerte) mit -3,6 des BIP sogar im positiven Bereich, d.h. es findet ein Vermögenszuwachs statt. Zum Vergleich: Die Nettoschuldenquote Deutschlands liegt bei 51% (gegenüber der Bruttoschuldenquote von 86%).

Nach Ansicht von **Daniel Lampart**, Chefökonom des Schweizer Gewerkschaftsbundes, wird eine solche ganzheitliche Sicht jedoch in der Regel ausgespart, wenn von Staatsschulden im Sinne von Bruttoschuld die Rede ist. Zudem sei bei Staatshaushalten, die eine Nettoverschuldung aufweisen, Panik vielfach fehl am Platz. Solange die Zinsen zur Bedienung dieser Schulden nicht stärker stiegen als das Wirtschaftswachstum, könnten die Schuldzinsen aus den Mehreinnahmen beglichen werden, die durch das Wachstum generiert würden. Zusätzliche Steuereinnahmen seien in diesem Fall dafür nicht erforderlich.

### *Schulden belasten nicht per se „die“ nächsten Generationen*

Insofern Schulden für Investitionen in Infrastruktur gemacht werden, stünden die so geschaffenen Vermögenswerte auch zukünftigen Generation zur Verfügung, so Kaufmann und Stützle. Gerade im Interesse der künftigen Generationen wäre es sogar fahrlässig, den Unterhalt und die Weiterentwicklung der Infrastruktur zu vernachlässigen. Vor allem aber „findet mit Staatsschulden keine Umverteilung zwischen den Generationen statt, sondern *innerhalb* einer Generation“. Denn zum einen würden ja nicht nur die Schulden, sondern auch die Forderungen inklusive der darauf basierenden Zinsansprüche „vererbt“, die den Schulden gegenüberstehen. Zu fragen sei also, „Wer erbt die Schulden, und wer erbt die Forderungen“ Faktisch handele es sich „um einen Vermögenstransfer von denjenigen, die mittels ihrer Steuerabgabe die



<http://dx.doi.org/10.1787/888932636987>

Definition Netto-schuldenquote

[www.oecd.org/economy/economicoutlookanalysisandforecasts/economy/economy-notestostatisticalannexables25-33fiscalbalancesandpublicindebtedness.htm](http://www.oecd.org/economy/economicoutlookanalysisandforecasts/economy/economy-notestostatisticalannexables25-33fiscalbalancesandpublicindebtedness.htm)



siehe hierzu den Beitrag von Daniel Lampart in Widerspruch 57, 2010, [www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch)



[www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/frick.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/frick.pdf)



[www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Kaufmann\\_Stuetzle.Jahrbuch2012.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Kaufmann_Stuetzle.Jahrbuch2012.pdf)

Beispielrechnung: Betrachtung eines Staates bei konstanten Schuldzinsen					
1) Staatsschuld wächst wie BIP: "Kein Problem"					
Jahr	Staatsschuld	BIP	Steuereinnahmen	Schuldenzinsen	Anteil der Steuern zur Schuldentilgung
X	100 Mia	200 Mia	40 Mia	2 Mia	5%
X+1	102 Mia	204 Mia	40.8 Mia	2.04 Mia	5%
X+2	104.04 Mia	208.08 Mia	41.616 Mia	2.0808 Mia	5%

2) Staatsschuld wächst schneller als BIP: Anteil der Steuern zur Schuldentilgung steigt --> Dauerhaft "vererbte" erhöhte Last.					
Jahr	Staatsschuld	BIP	Steuereinnahmen	Schuldenzinsen	Anteil der Steuern zur Schuldentilgung
X	100 Mia	200 Mia	40 Mia	2 Mia	5%
X+1	140 Mia	204 Mia	40.8 Mia	2.8 Mia	6.86%
X+2	200 Mia	208.08	41.616 Mia	4 Mia	9.612%

Darstellung: Denknetz. Annahme: Zinsen 2%, Steuersatz 20% des BIP, Wachstum BIP 2%

Zins- und Tilgungszahlungen finanzieren, hin zu jenen, die jährlich als Besitzer von Staatspapieren Milliarden Euro kassieren (z.B. Versicherungen, Banken, Vermögensbesitzer)". Dabei müsse auch klar gestellt werden, dass die Staatsschulden nicht die Ursache für die Zinseinnahmen der Vermögenden seien, sondern eben das Vermögen selbst. Unabhängig vom Aspekt der Umverteilung infolge ungleich verteilter Zins- und Tilgungsansprüche kommt es beim Schuldenmachen des Staates im Inland (also etwa durch die Ausgabe von Staatsanleihen an die Bürger) Andres Frick zufolge "nicht zu einer Verlagerung von Lasten auf zukünftige Generationen", weil "der Transfer finanzieller Mittel von den Privaten zum Staat zum Zeitpunkt der Verschuldung" stattfindet. Vererbt wird allerdings das Ausmass und eben doch die umverteilende Wirkung dieser Transfers. Die Einnahmen aus der Schuldentilgung kommen den Besitzenden der Vermögen zugute, während die Einnahmen aus Steuern direkt für alle öffentlichen Belange verwendet werden könnten. Vererbt wird demnach der Grad und die Dynamik der Ungleichverteilung.

*Nicht „wir“ haben über „unsere“ Verhältnisse gelebt*

Da jedem Gläubiger auch ein Schuldner gegenüberstehe, gleichen sich Schulden und Forderungen aus. Mehr noch: Den Staatsschulden stehe ein wachsendes Gesamtvermögen gegenüber. So stand im Jahr 2009 in Deutschland den knapp 2000 Milliarden Euro Staatsschulden 9000 Milliarden Euro privates Nettovermögen gegenüber. In der Schweiz betrug 2010 das Verhältnis knapp 200 Milliarden Franken Staatsschulden zu rund 3000 Milliarden Franken privatem Vermögen.

Zieht man von den 3000 Milliarden bzw. 3 Billionen Franken den darin enthaltenen Wert von Immobilien ab (der ja nicht in Gänze als Geld zur Verfügung stehen könnte) dann sind es immer noch 2000 Milliarden Franken.

Während jedoch die Staatsschulden „öffentlich“ sind, liegen "die Vermögen (zu denen auch die Forderungen an den Staat gehören, zum Beispiel Staatsanleihen) in den Händen weniger Privatpersonen. (vgl. hierzu den Abschnitt "Wachsende Ungleichheiten" im nächsten Kapitel). Die Schuldenfrage ist damit also auch eine Verteilungs- und damit Machtfrage, so der Schluss der Autoren. Bezogen auf das Funktionieren des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs kann man mit Stütze und Kaufmann festhalten: Solange Schulden vorfinanziertes Wachstum darstellen, ist die Frage „ob Schulden gut oder schlecht sind“ eine Frage „ob man Wachstum gut oder schlecht findet“. Mitunter wäre noch zu präzisieren: Welches Wachstum?

#### • Unproduktive Schulden – Schulden zur Bedienung alter Schulden

Abgesehen von Verteilungs- und Sinnfragen zeigt nun aber die neuere Entwicklung, dass zu hohe Staatsschulden längst nicht mehr Wachstum generieren und somit ökonomisch als höchst problematisch einzustufen sind, weil komplexe Wirkungs- und Folgeketten eintreten: Ohne Wachstum können die Schulden immer weniger „bedient“ werden, Neuverschuldung (neue Kredite) wird für den Staat immer teuer (weil aufgrund schlechterer Bonität höhere Zinsen gezahlt werden müssen), es droht Zahlungsunfähigkeit auf der einen, Abschreibung auf der anderen Seite. Die Wachstumseffekte von Schulden lassen

sowie den Global Wealth Report



[www.allianz.com/media/press/documents/Global-Wealth-Report-2012-deutsch.pdf](http://www.allianz.com/media/press/documents/Global-Wealth-Report-2012-deutsch.pdf)

Zur Wachstumsdebatte vgl. Denknetz Infobrief 16



[www.denknetz-online.ch/spip.php?page=denknetz&id\\_article=394&design=1&lang=de](http://www.denknetz-online.ch/spip.php?page=denknetz&id_article=394&design=1&lang=de)

vgl. den Vermögensreport der Nationalbank



[www.snb.ch/ext/stats/wph/pdf/de/Ver\\_m\\_priv\\_Haush.pdf](http://www.snb.ch/ext/stats/wph/pdf/de/Ver_m_priv_Haush.pdf)



[www.sp-ps.ch/content/download/53709/736494/version/1/file/p\\_imk\\_study\\_24\\_2012.pdf](http://www.sp-ps.ch/content/download/53709/736494/version/1/file/p_imk_study_24_2012.pdf)



[www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/europas-zukunft/paul-kirchhof-zur-krise-der-eu-verfassungsnot-11817188.html](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/europas-zukunft/paul-kirchhof-zur-krise-der-eu-verfassungsnot-11817188.html)

sich ohnehin nur bedingt statistisch berechnen. Die Schuldenquote im Bezug auf das BIP ist hierfür zwar ein notwendiges Indiz, erklärt jedoch nicht hinreichend, welcher Anteil der Neuverschuldung direkt oder indirekt Wachstum induziert. Im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise ist zudem der Anteil der Schulden, der krisenbedingt zur Refinanzierung alter Schulden aufgenommen wird, stetig gestiegen. In diesem Sinne ist der derzeit stark auftrumpfenden Finanzmarktkritik konservativ-rechter Provenienz durchaus Recht zu geben, wenn etwa von einem „Schuldensog“ gesprochen wird (so der Verfassungsrechtler **Paul Kirchhof**), weil Kredite von den Finanzmärkten besorgt werden, um diese zu stützen.

#### • Sonderfall Schweiz? Kritik der Schuldenspirale, (neo-)liberaler Alarmismus und Schuldenbremse

Bekanntlich führte die Schweiz 2003 eine sogenannte Schuldenbremse für den Bundeshaushalt ein. In einer Volksabstimmung befürworteten 85% der abgegebenen Stimmen eine verbindliche Ausgabenregel nach dem Motto: Ausgegeben werden darf nur was auch zeitlich unmittelbar eingenommen wird. Während Schuldenbremsen in anderen Ländern mehr oder weniger nur auf dem Papier rigide angewendet werden, rühmt sich die Schweiz damit, sich streng an das detaillierte Gesetz zu halten, das die Einzelheiten der Schuldenbremse regelt. Da mit einer Verzögerung von zwei Jahren von 2005 bis heute die Schuldenquote des Bundes tatsächlich von 33% auf 23% des BIP (und auch die Staatsschuldenquote, obgleich die Verschuldung der Gemeinden zunahm) zurückging, gilt die Schuldenbremse gemeinhin als "Erfolgsgeschichte".

Bei dieser Lobhudelei werden in aller Regel die makroökonomischen Voraussetzungen (beispielsweise Konjunkturlaufentwicklung) des Schuldenabbaus bzw. der Schuldenbegrenzung ausgeblendet. Noch problematischer erscheint jedoch das nahezu mechanistisch anmutende Dogma der Schuldenverhinderung um jeden Preis. Zum einen sichert die Schuldenbremse, wie der früherer Direktor der Finanzverwaltung, **Peter Siegenthaler**, deutlich betont, "in keiner Weise die Budgetqualität".

Zum anderen behindert das Dogma der Schuldenverhinderung die offene Diskus-

sion über den aktuellen und zukünftigen Investitionsbedarf der Gesellschaft. Ein kürzlich im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) erstelltes Gutachten des **Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)** der Hans-Böckler-Stiftung mit dem Titel "**Eine Finanzpolitik im Interesse der nächsten Generationen**" stellt für die Schweiz eine im internationalen Vergleich besorgniserregend tiefe öffentliche Investitionsquote fest und warnt vor einer daraus resultierenden Schwächung des Wachstumspotenzials. Im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung im In- und Ausland sei der Rückgang der Staatsverschuldung nicht dem "Erfolgsmodell Schuldenbremse", sondern "einer guten Konjunktur und damit glücklicher Umstände" geschuldet. Die Schuldenbremse berge demgegenüber erhebliches Gefahrenpotential, da sie den Schweizer Trend tiefer öffentlicher Investitionen weiter verstärke. Die Autoren geben sich dennoch optimistisch, dass die Spielräume für eine investitionsfreundlichere Konjunkturpolitik im Rahmen einer modifizierten Schuldenbremse genutzt werden könnte: Immerhin habe "die Schweizer Finanzpolitik - unterstützt durch einen traditionell gut informierten demokratischen öffentlichen Diskurs und eine ökonomisch sehr kompetente Finanzverwaltung – seit Einführung der Schuldenbremse immer wieder in schneller und pragmatischer Art und Weise auf auftretende Probleme reagiert und so die Schweizer Volkswirtschaft und die Schweizer Bürgerinnen und Bürger vor erheblichem Schaden bewahrt."

Auch Andres Frick (s.o.) empfiehlt angesichts des chronischen Sparüberschusses der Schweizer Wirtschaft, die Schweiz müsse eine höhere Verschuldung anstreben.

Bezüglich der Zukunftsperspektiven wird die Debatte über die Verschuldung überdies vermengt mit der Debatte über die steigenden Ausgaben, die den Einrichtungen der Sozialen Sicherheit aus demographischen Gründen angeblich entstehen. Gefordert wird insbesondere eine spezifische Schuldenbremse auch bei den Sozialversicherungen, wie zuletzt etwa im Papier "Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen in der Schweiz 2012" herausgegeben vom Eidgenössischen Finanzdepartement EFD. Das Denknetz wird sich der Thematik Schuldenbremse bei den Sozialversicherungen gesondert widmen.

„Die Schuldenbremse der Schweiz - eine Erfolgsgeschichte“



[www.efd.admin.ch/dokumentation/00737/00782/02006/index.html?lang=de](http://www.efd.admin.ch/dokumentation/00737/00782/02006/index.html?lang=de)

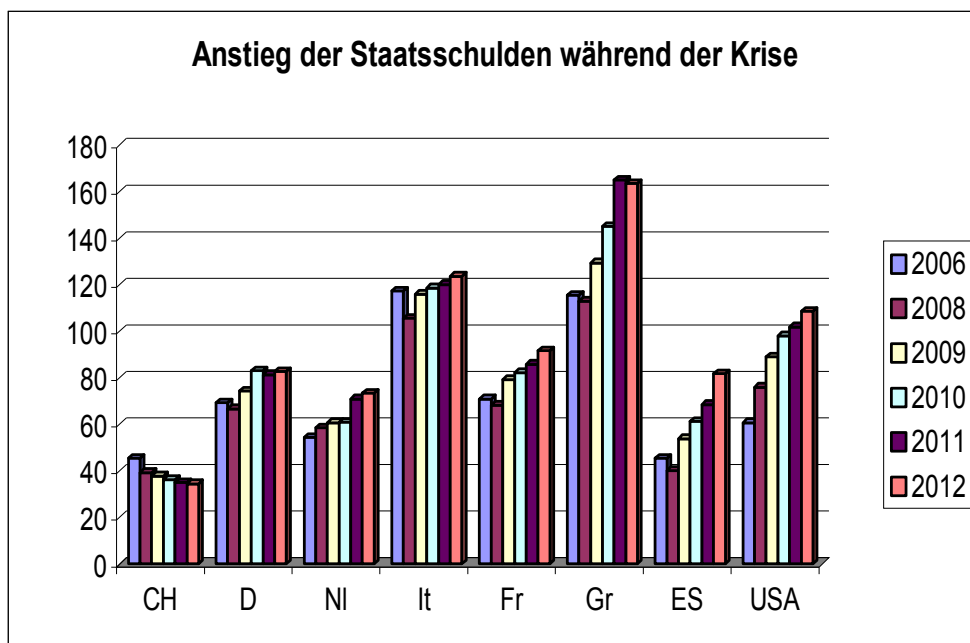


[www.zeit.de/2011/50/A-Schuldenbremse](http://www.zeit.de/2011/50/A-Schuldenbremse)



[www.efv.admin.ch/d/downloads/publikationen/broschueren/Langfristperspektive\\_d\\_we-b.pdf](http://www.efv.admin.ch/d/downloads/publikationen/broschueren/Langfristperspektive_d_we-b.pdf)

## Anstieg der Staatsschulden während der Krise



Staatsschulden in Prozent des BIP. Quellen: EZB, IMF, BFS, Eidgenössische Finanzstatistik EFV

### • Historisches und Grundlegendes zu Schulden

Generell ist für die Beurteilung der Staatsschuldenproblematik auch eine historische Einordnung wichtig. **Moritz Schularick** hat hierzu die "Staatsverschuldung in der westlichen Welt (1880 - 2009)" für die Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 98/2011 untersucht und kommt dabei zu der Schlussfolgerung, dass "die gegenwärtigen Schuldenstände der OECD-Länder zwar erhöht sind, aber noch nicht beispiellos hoch. Im Mittel ist das Niveau der ersten Zwischenkriegsjahre wieder erreicht. Bemerkenswert ist allerdings, dass der Anstieg der Staatsverschuldung seit den 1970er Jahren nicht kriegsbedingt war, während die vorherigen Verschuldungszyklen der öffentlichen Hand durch Kriege (und die Weltwirtschaftskrise) geprägt waren. Während man Kriege und die Weltwirtschaftskrise gleichsam als exogene Schocks auf die Staatsverschuldung betrachten kann, war der Anstieg der Verschuldung in den letzten Jahrzehnten quasi dem wirtschaftlichen Prozess endogen und nicht auf externe politische Ereignisse zurückzuführen."

Die notwendige Relativierung der Staatsschuldenproblematik angesichts der durchsichtigen Instrumentalisierung für eine neoliberale Austeritätspolitik darf nun allerdings nicht die kritische Analyse von Staatsschulden ersetzen. Dies nicht nur weil "die ansteigende Staatsverschuldung (...) nicht einer Zunahme produktiver Investitionen, sondern der Sozialisierung

der Schulden des Finanzsektors" entspringt, wie **Christian Zeller** betont, sondern weil "Staatsschulden bereits ein zentrales Moment der ursprünglichen Akkumulation und der Entstehung des Kapitalismus" und damit zentrales Moment der Ausbeutung waren: "Der handelbare Eigentumstitel einer Staatsanleihe berechtigt zu einer regelmäßigen Zinszahlung, die sich von den Steuereinnahmen nährt. Die Aufblähung der Staatsschulden und die daraus erwachsenden Zinszahlungen werden – vermittelt über die direkte und indirekte Besteuerung der Lohnabhängigen – zu einer zentralen Form der Mehrwertaneignung. Die Steuerausbeutung wird somit erneut eine zentrale Quelle für das fiktive Kapital."

Eine weitere grundlegende Kritik von "Schulden" als eines "System von Ausbeutung" stellt die derzeit viel diskutierte Studie "Schulden" von **David Graeber** dar, der mittlerweile gerne auch als geistiger Mentor der Occupy Bewegung bezeichnet wird. Im Ergebnis kommt Graeber darin zu dem Schluss "dass alle, auch in Ländern wie den USA, effektiv zu Schuldklaven degradiert (werden). Das größte soziale Übel der Antike war genau dies: Menschen verschuldeten sich so tief, dass sie am Ende ihre Kinder in die Sklaverei verkauften, auch schließlich sich selbst. Aber wenn Platon oder Aristoteles irgendwie magisch ins moderne Amerika transportiert würden, würden sie die Lage hier wirklich anders beurteilen? Sicher, wir verkaufen uns nicht mehr an den Arbeitgeber, wir vermieten uns. Aber



<http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2012/08/21/hayek-eurozone-crisis/>



[www.sbg.ac.at/ge/w/Zeller/Rentierregime.pdf](http://www.sbg.ac.at/ge/w/Zeller/Rentierregime.pdf)



<http://systempunkte.org/article/die-ersten-5000-jahre>



[www.jfki.fu-berlin.de/faculty/economics/team/persons/schularick/VSWG\\_Schularick\\_Staatsverschuldung\\_in\\_der\\_westlichen\\_Welt.pdf](http://www.jfki.fu-berlin.de/faculty/economics/team/persons/schularick/VSWG_Schularick_Staatsverschuldung_in_der_westlichen_Welt.pdf)



für jemanden aus der Antike wäre eine solche Unterscheidung bestenfalls eine juristische Feinheit. Sie würden wahrscheinlich die meisten Amerikaner für Schuldklaven halten, und hätten sie damit wirklich so unrecht?"

Zurecht rückt diese Diagnose die Macht- und Herrschaftsmechanismen heutiger Gläubiger-Schuldnerbeziehungen ins Blickfeld und drängt zugleich vehement auf radikale Schuldenerlasse (siehe Kapitel IV). Allerdings erhöhe - so der mittlerweile von verschiedener Seite vorgebrachte Einwand - Graeber das Schuldverhältnis zur zentralen Kategorie gesellschaftlicher Analyse. Nicht nur blende er aus, so etwa **Franz Schandl**, dass "es keineswegs so ist, dass die kleinen Leute oder gar die beschworenen 99 Prozent nur Schuldner und die Banken und Konzerne nur Gläubiger sind. Schuldner und Gläubiger treffen sich in uns allen. Die Schuldknechtschaft (wenn man das Wort schon verwenden will) ist allgemeiner Natur, der Kapitalismus ist ein wahres Schuldenkarussell, und das dreht sich unaufhörlich. Die Spieler, die da so bereitwillig mitspielen, sollten doch nicht so tun, als herrsche Gerechtigkeit, wenn sie gewinnen, und als herrsche Ungerechtigkeit, wenn sie verlieren. Es wird ihnen übel mitgespielt, weil sie wie alle anderen üble Mitspieler sind. Die einen mehr, die anderen weniger, aber das ist oft mehr eine Frage der Kraft als des Willens."

Mehr noch: Weil Graeber von der faktischen Existenz "eines gigantischen Finanzapparats von Kredit und Schulden (...) in der Entstehungszeit des modernen Kapitalismus, der in der Praxis dazu dient, aus fast allen Menschen, die mit ihm in Berührung kommen, mehr und mehr Arbeitskraft herauszupumpen" (Graeber, S. 363) eben diesen Finanzapparat zum Urgrund und Motor der kapitalistischen Entwicklung deduziert, erkläre er die Ausbeutung von Arbeit zum sekundären Phänomen, so die Kritik der Zeitschrift **Wildcat**. Hinter dem derzeitigen Reden über (Staats-)Schulden im Allgemeinen und der bis ins bürgerliche Feuilleton hineinreichenden Zustimmung zu Graebers Thesen im Besonderen, verberge sich auch nach Ansicht von Wildcat jene eingangs erwähnte Entlastungsfunktion des Schuldendiskurses: "Die Erklärungen von Occupy und das Buch von Graeber (stellen) – auf jeweils etwas unterschiedliche Art – den Experten eine unwiderstehliche Gelegenheit, beliebig viel über soziale Widersprüche und Krise zu reden, ohne jemals Produktion, Arbeit

oder Klasse zu erwähnen. Es ist leicht für die kapitalistischen Medien, darüber zu reden, dass der Kapitalismus nicht "nachhaltig" sei, wenn sie dabei alles ausblenden können, was spezifisch für das Kapital als solches ist."

Eine weitere aktuelle Publikation stellt ebenfalls die "Schuld" ins Zentrum der Analyse von Herrschaftsbeziehungen: "Die Fabrik des verschuldeten Menschen. Ein Essay über das neoliberale Leben" - soeben auf Deutsch bei b-books erschienen. Die zentrale Aussage des Autors **Maurizio Lazzarato**, Schulden reproduzierten und verewigten Macht- und Herrschaftsbeziehungen - dies im Neoliberalismus freilich auf sehr besondere Weise - erscheint jedoch ähnlich banal wie bei Graeber.

### III. Ursachenanalysen

Die sogenannte Eurokrise bzw. Staatsschuldenkrise ist aufs Engste mit der Finanzkrise verwoben, die im Jahre 2007 mit dem Platzen der amerikanischen Immobilienblase und wenige Monate später 2008 mit dem Fall der Investment-Bank Lehmann Brothers ihren Auslöser fand. Die grundlegenden Ursachen der Finanzkrise haben wir im Denknetz Infobrief # 8 vom Februar 2009 zusammengefasst. Sie werden im Folgenden deshalb nur cursorisch und im Hinblick auf die aktuelleren Implikationen auf die europäische Schuldenkrise behandelt.

Jenseits populistischer Ursachenerklärungen für die Schuldenkrise (faule Südeuropäer etc.) werden in der wirtschaftspolitischen Debatte unterschiedliche Ursachenbündel genannt, die sich teilweise gegenseitig bedingen, hier jedoch aus Gründen der Übersichtlichkeit kategorisiert dargestellt werden.

#### • Deregulierung der Finanzmärkte

Hier besteht eigentlich kein Diskussionsbedarf. Selbst Akteure, die noch vor wenigen Jahren Deregulierung zur "Stärkung und Modernisierung der Finanzplätze zum Wohl der Weltwirtschaft" gepriesen haben, bezeichnen dies nun immer mehr als katastrophalen Fehler. Bereits 2002 hatte einer der Grössen des "Financial Investments", **Warren Buffet**, Finanzprodukte wie die Credit Fault Swaps, Versicherungen auf Kreditausfälle, als „Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet.

Auszug in der Monde Diplomatique



[www.monde-diplomatique.de/pm/2012/02/10.monde-Text.artikel.a0075.idx.28](http://www.monde-diplomatique.de/pm/2012/02/10.monde-Text.artikel.a0075.idx.28)

Rezension von Raul Zelik



[www.woz.ch/1302/die-fabrik-des-verschuldeten-menschen/die-subjektive-der-schuld](http://www.woz.ch/1302/die-fabrik-des-verschuldeten-menschen/die-subjektive-der-schuld)



[www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Infobrief\\_8\\_Globale\\_Finanzkrise.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Infobrief_8_Globale_Finanzkrise.pdf)



[www.fintools.com/docs/Warren%20Buffet%20on%20Derivatives.pdf](http://www.fintools.com/docs/Warren%20Buffet%20on%20Derivatives.pdf)



[www.streifzuege.org/2012/auswaelzung-der-schulden](http://www.streifzuege.org/2012/auswaelzung-der-schulden)



[www.wildcat-www.de/wildcat/93/w93\\_bb\\_graeber.html](http://www.wildcat-www.de/wildcat/93/w93_bb_graeber.html)



tionsmöglichkeiten hat Deutschmann auch noch eine soziologische Erklärung dafür, dass das notwendige Ausmass an Innovation "jede Gesellschaft selbst bei äußerster Anspannung ihrer Kräfte überfordern würde". Gesellschaften, alternde zumal, seien auf Kontinuität und Reproduktion angewiesen und könnten nicht uferlos "schöpferische Zerstörung" betreiben. Dies gelinge nur unter bestimmten Voraussetzungen, wie nicht zuletzt die historische Erfahrung zeige, nämlich "solange es eine jugendliche, stark wachsende und zugleich arme Bevölkerung gibt, die nach Wohlstand und sozialem Aufstieg strebt".

### • Kapitalüberakkumulation

Die gewachsenen Kapitalüberschüsse wurden – ebenfalls anhand statistischer Berechnungen etwa von Investitionsquoten belegbar – nun immer weniger in „realwirtschaftliche“ Erweiterungen, sondern vielmehr in die neuen finanzindustriellen Anlagemöglichkeiten investiert. Hierzu gehört auch die Spekulation „gegen Staaten“ in Form steigender Zinsen auf Staatsanleihen oder wie im Falle der Schweiz in Form von Spekulation auf Wechselkursänderungen.

### • Makroökonomische Ungleichgewichte

Das Institut für Makroökonomie **IMK** attestiert den Krisen-Akteuren eine falsche Diagnose. Es handle sich bei der Eurokrise eben nicht primär um eine Schulden-, sondern um eine "innereuropäische Leistungsbilanzkrise, die sowohl aus öffentlicher als auch aus privater Verschuldung entstehen kann. So lag zwar in Griechenland die Staatsschuldenquote schon seit Jahren bei rund 100% des BIP, aber in

Spanien und Irland betrug sie vor der Krise nur 36 % bzw. 25 % und war damit deutlich niedriger als z.B. in Deutschland." Der Anstieg der Schuldenquote lässt sich demnach vor allem durch die unterschiedlichen Wirken der Krisenfolgen erklären. Zusätzlich würden die Leistungsbilanzdifferenzen durch die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitskosten verschärft, insbesondere durch die Stagnation der Lohnentwicklung in der deutschen Industrie im vergangenen Jahrzehnt. Zudem beförderten Inflationsdifferenzen zwischen den Staaten die Ungleichgewichte. Anders als die gängigen Imperative strikter Austeritätspolitik es nahe legen, kommt das **IMK** zu dem Schluss, dass "ohne die symmetrische Überwindung dieser Differenzen auch durch Verhaltensanpassung der Überschussländer (...) die Defizitländer keine Chance (haben) je wettbewerbsfähig zu werden". Auch für die Ökonomen **Heiner Flassbeck** und **Friederike Spiecker** sind die differierenden Leistungsbilanzsalden eine wesentliche Ursache der Staatsschuldenkrise. Eine Lösung könne deshalb nur von den Überschussländern wie etwa Deutschland ausgehen, das 2012 – also trotz Eurokrise – gemäss Financial Times Deutschland den weltweit grössten Handelsbilanzüberschuss einfuhr. "Entscheidend ist, dass die Ursachentherapie im Defizit- und im Überschussland auf den Weg gebracht wird. Das allein schon wird einen beruhigenden Effekt auf die Kapitalmärkte ausüben, weil sie sehen, dass endlich die eigentliche Ursache der Misere in Angriff genommen wird. Geschieht das alles nicht, und gibt das Überschussland seine Position nicht auf, muss es am Ende auf seine Forderungen verzichten, weil sie uneinbringbar sind."

Zu sinkenden Investitionsquoten



[www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Huffschmid.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Huffschmid.pdf)

[www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Text\\_Krise\\_der\\_gesellschaftlichen\\_Investitionsfunktion\\_def-2.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Text_Krise_der_gesellschaftlichen_Investitionsfunktion_def-2.pdf)



[www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_68\\_2011.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_68_2011.pdf)



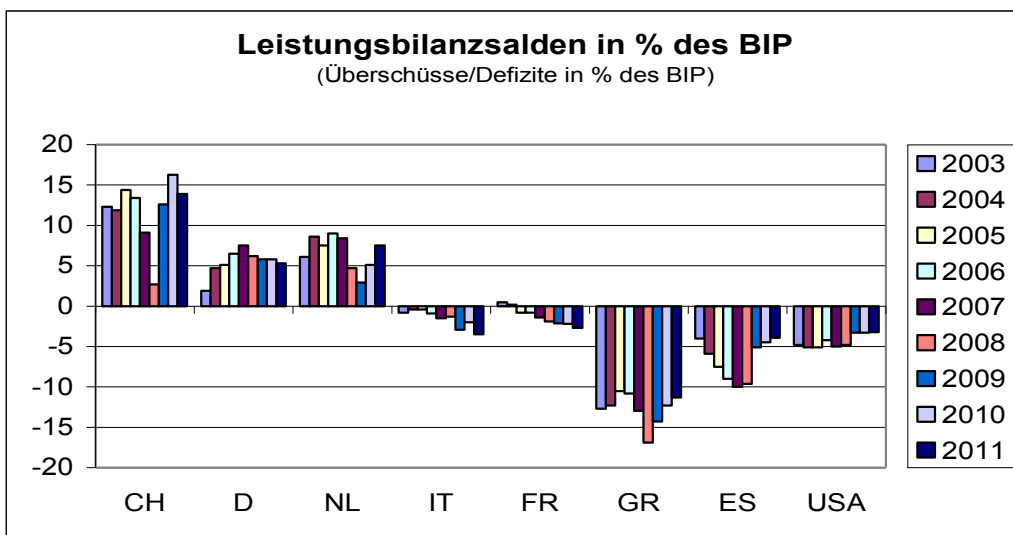
[www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_70\\_2012.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_70_2012.pdf)



[www.flassbeck.de/pdf/2012/juli2012/WisoFlassbeck.pdf](http://www.flassbeck.de/pdf/2012/juli2012/WisoFlassbeck.pdf)



[www.ftd.de/politik/konjunktur/handelsueberschuss-deutschlands-risikante-abhaengigkeit-vom-export/70078911.htm](http://www.ftd.de/politik/konjunktur/handelsueberschuss-deutschlands-risikante-abhaengigkeit-vom-export/70078911.htm)



Quelle: EU-Kommission

Eine Leistungsbilanz ist eine statistische Gegenüberstellung der Bewegungen von Waren (Handelsbilanz) und Dienstleistungen (Dienstleistungsbilanz), die in das Ausland geliefert werden bzw. vom Ausland bezogen werden, sowie u. a. auch von Erwerbs- und Vermögenseinkommen (z. B. Arbeitsentgelte, Kapitalerträge).



Horn, G./K. Dröge/S. Sturn/T. van Treeck/R. Zwiener (2009), Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III): Die Rolle der Ungleichheit. Düsseldorf: IMK Report Nr. 41.

[www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_41\\_2009.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_41_2009.pdf)

Eine gemeinsame Währungspolitik ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik hat die Unterschiede zwischen export- und überschussorientierten Ländern und den eher importorientierten Ländern (so der Import durch Auslandskredite finanziert wurde) weiter vergrößert und scheint als Fehlkonstruktion in der Debatte anerkannt zu sein (vgl. Infobrief Europa in der Krise).

Eine der wesentlichen Faktoren der makroökonomischen Ungleichheit liegt in der starken Drift der **Lohnstückkosten** (Lohnkosten, „gewichtet“ mit der Arbeitsproduktivität) in den vergangenen zehn Jahren. So ist vor allem in Deutschland infolge der drastischen Arbeitsmarktliberalisierungen und Sozialreformen („Hartz-Gesetze“ sowie „Agenda 2010“ der rot-grünen Regierungskoalition) aber auch aufgrund der zurückhaltenden Lohnpolitik geschwächter Gewerkschaften, die Entwicklung der Löhne mehrere Jahre deutlich der Arbeitsproduktivität hinter her gehinkt. Ähnliches kann teilweise auch für die Schweiz konstatiert werden (siehe hierzu u.a. die jährlichen Denknetz-Verteilungsberichte von Hans Baumann). Diejenigen Länder mit den tiefsten Lohnstückkosten erreichen Preisvorteile auf den internationalen Märkten; entsprechend erzielen sie Leistungsbilanzüberschüsse. Politisch hat die Entwicklung der Lohnkosten in Deutschland zu einiger Polemik innerhalb der EU geführt. Interessant dabei, dass der Vorwurf, Deutschland übervorteile andere Volkswirtschaften, nicht nur von Gewerkschaftsverbänden, sondern auch von jenen Teilen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft erhoben wird, die noch vor 10 Jahren den Reformbedarf des „kranken Mannes Europas“ mit herauf beschworen hatten. So sprach beispielsweise Christine Lagarde 2010 in ihrer damaligen Funktion als

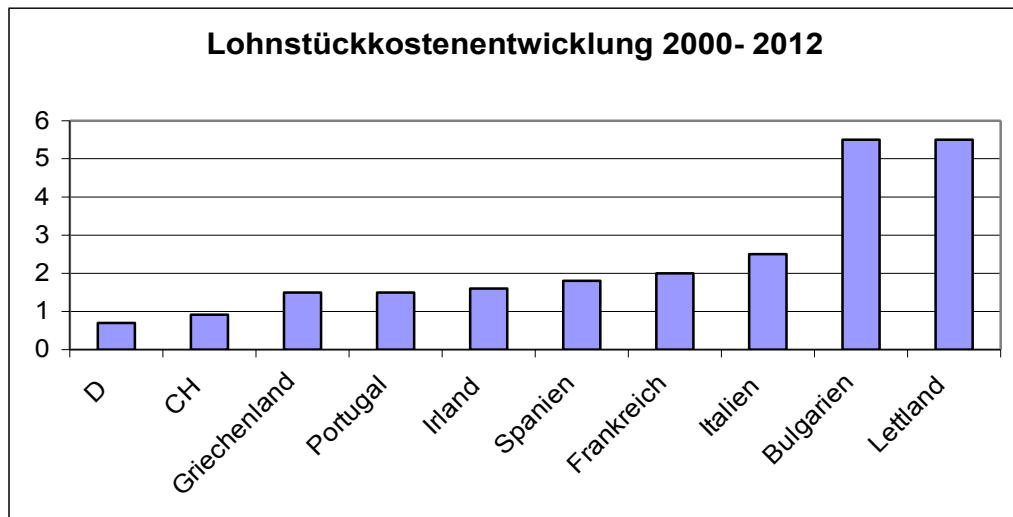
Finanzministerin Frankreichs von einer „unhaltbaren“ Situation, während nur noch hartgesottene Kommentare (etwa in der NZZ) den neoliberalen „Musterknaben“ offen loben. Die Bedeutung der deutschen Lohn- und Lohnstückkostenentwicklung für die europäische Schuldenkrise wird jedoch auch immer wieder relativiert. So räumt der BDA (Bund deutscher Arbeitgeber) zwar ein, dass Deutschland innerhalb der EU seit Jahren mit den geringsten Anstieg der Arbeitskosten (Bruttolöhne inkl. Arbeitgeberbeiträge) zu verzeichnen habe: Weil aber das Ausgangsniveau sehr hoch sei, sei Deutschland eben immer noch ein „Hochlohnland“. Tatsächlich befindet sich bei einer reinen Betrachtung der Arbeitskosten Deutschland mit ca. 30 Euro pro Stunde (Durchschnittswert über alle Branchen hinweg) im oberen Drittel der EU-Länder.

Im Working Paper: The European Sovereign Debt Crisis - Is Germany to Blame? des internationalen wissenschaftlichen interdisziplinären COST-Netzwerks "Systemic Risks, Financial Crises and Credit - the roots, dynamics and consequences of the Subprime Crisis" analysieren **Brigitte Young** und **Willi Semmler** die Kontroverse über die Rolle Deutschlands als möglicher Verursacher und Profiteur der Eurokrise. Dabei kommen sie zum Schluss, dass der Effekt des deutschen Exportbooms auf die innereuropäischen Ungleichgewichte wenig Einfluss hat, da die meisten deutschen Exporte eher nach Asien und Osteuropa als in die südliche Peripherie Europas gingen. Hierzu wäre allerdings anzumerken, dass diese Exporte indirekt die Exportindustrien anderer europäischer Länder beeinflussen, indem sie mögliche eigene Exporte auf diesen Absatzmärkten verdrängen.

Quelle: OECD, Eurostat, Wirtschaftskammer Österreich

Die Werte sind die prozentualen Durchschnittswerte der jährlichen Veränderung der Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft. Bezogen auf bestimmte Exportgüterindustrien würde die „Schere“ zwischen den Ländern noch deutlicher auseinandergehen. 2012 geschätzt.

Lohnstückkostenentwicklung 2000- 2012



[www.nzz.ch/aktuell/startseite/vom\\_kranken\\_mann\\_zum\\_musterknaben-1.9749822](http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/vom_kranken_mann_zum_musterknaben-1.9749822)

[www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/4F78E6C06C8F9583C12574EC0039D4F0/\\$file/kompakt-arbeitskosten.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/4F78E6C06C8F9583C12574EC0039D4F0/$file/kompakt-arbeitskosten.pdf)

Für die Schweiz hat Avenir Suisse die Lohnstückkostenentwicklung auch unter dem Aspekt der starken Frankenaufwertung ab 2007 untersucht und konstatiert bei einer entsprechenden Gewichtung „griechische Verhältnisse“.

[www.avenir-suisse.ch/12631/griechische-verhaeltnisse-wegen-des-harten-frankens/](http://www.avenir-suisse.ch/12631/griechische-verhaeltnisse-wegen-des-harten-frankens/)

[www.worldfinancialcrisis.eu/page/wp01-2011](http://www.worldfinancialcrisis.eu/page/wp01-2011)

Zur Definition und Methode von Arbeitskosten- und Lohnstückkostenberechnungen im Hinblick auf die aktuelle Krise im Euroraum vgl.

[www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_60\\_2011.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_60_2011.pdf)

### • Kumulative Kriseneffekte

Die Staatsverschuldung stieg durch und in der Krise seit 2008 infolge direkter und indirekter Krisenfolgen und -Bekämpfungen:

#### *Rückgang der Steuereinnahmen.*

Der Wachstumseinbruch infolge der Finanzkrise führt zum Einbruch bei den Steuereinnahmen, so dass die Neuverschuldung zur Finanzierung der Staatshaushalte höher ausfallen musste.

#### *Erhöhte Ausgaben durch die Krise*

In allen Ländern mit einer namhaften Arbeitslosenversicherung steigen die entsprechenden Ausgaben in der Krise deutlich an. Diese Ausgaben wirken auf der Nachfrageseite zwar stabilisierend, belasten jedoch die Staatsfinanzen.

#### *Rettungsschirme.*

Die Einrichtung, Bedienung und Absicherung der Bankenrettungsschirme inkl. dem Kauf "toxischer" Wertpapiere und Derivate erforderte enorme Kreditaufnahmen der Staaten.

#### *Konjunkturprogramme.*

Allein im Krisenjahr 2008 haben die Staaten der EU Konjunkturmassnahmen (offiziell "Beihilfen oder Subventionen") in Höhe von 279 Milliarden Euro gewährt, was einem Anteil von 2,2% des gesamten EU-BIP entspricht. (Zum Vergleich: Im Jahr 2007 waren es 66 Milliarden Euro bzw. 0,54 % des BIP)

#### *Erhöhung der Schuldenquote verteuert weitere Kreditaufnahme.*

Durch den Anstieg der Staatsschulden infolge der Finanzkrisen und der entsprechenden Aufwendungen und Bürgschaften, welche die Staaten zur Rettung des Bankensystems leisteten, verschlechterte sich die Kreditwürdigkeit vieler Staaten mit der Folge steigender Zinsen, die die Staaten bei weiterer Kreditaufnahme zahlen bzw. bei der Ausgabe von Staatsanleihen gewähren müssen: Folglich steigen die Schulden immer weiter.

#### *Krisengeschäfte und Spekulation.*

**Hermannus Pfeiffer**, der bereits in „Profite mit dem Irrsinn“, ein beeindruckendes Panorama der boomenden Geschäfte der Finanzmarktindustrie zeichnen konnte, hat nun am Beispiel der deutschen Bank und deren Geschäfte, die sie für Dritte tätigen, gezeigt, dass sich gerade mit der neueren Eurokrise Gewinne in Form milliardenschwerer "Provisionsüberschüsse" (Gewinne aus Provisionen

und Gebühren für entsprechende Dienstleistungen) erzielt werden, die die Krise weiter verschärfen. Ein spezielles Geschäftsmodell, dass von der Verschuldungsspirale einzelner Länder lebt, bilden die sogenannten Junk-Bond-Fonds, wie sie neuerdings eben auch die Deutsche Bank unterhält. "Gemeint sind damit Finanzprodukte, die von Rating-Agenturen oder Banken eine sehr schlechte Bewertung erhalten, wie etwa die Staatsanleihen einiger hoch verschuldeter Euroländer oder Papiere, für die es zeitweise keinen Markt gibt. Entsprechend niedrig ist der Preis, den der Deutsche-Bank-Fonds für die „Abfallpapiere“ an die Hedgefonds zahlen wird. Die Spekulation dahinter: In zwei, drei Jahren, nach dem Ende der Eurokrise, lassen sich die Wertpapiere wieder zu einem höheren Preis gewinnträchtig veräußern, oder der Fonds kassiert bis zum Ende der Laufzeit ausreichend Zinsen für die erworbenen Anleihen."

**Anne Karras** und **Steffen Stierele** zeigen in ihrem Buch 'Europakrise', wie etwa die Spekulation auf die Insolvenz mittels dem Handel von Kreditausfallversicherungen (CDS) im Verein mit der fragwürdigen Praxis führender Ratingagenturen die Zinsen (und damit die Schulden) in die Höhe treiben, die das entsprechende Land bei der Kreditaufnahme zahlen muss.

### • Kapitalismus als Dauerkonjunkturprogramm

Aus Sicht etwa der sogenannten „Wertkritik“ stellen die steigenden Staatsschulden sowie insgesamt die enorme Ausbreitung von Eigentumstiteln nicht die Ursache der Krise dar. Überakkumulation und Ungleichverteilung förderten zwar den Zuwachs an "fiktivem Kapital" (Kapital, das nicht in Arbeitskraft und Produktionsmitteln investiert wird, sondern in Form von Wertpapieren, Anleihen oder Aktien einen Anspruch auf zukünftigen Profit erhebt), seien aber selbst bereits Ausdrücke tiefer liegender Widersprüche der „realwirtschaftlichen“ Akkumulation, die – so die Pointe – vom so verschmähten fiktiven Kapital immer wieder überspielt werden, wenn auch um den Preis einer weiteren Verschärfung der Krise. Vor diesem Hintergrund skizziert **Thomas Konicz** die aktuelle Krise wie folgt: "Ohne die zusätzliche schuldengenerierte Nachfrage würde das System in einer gigantischen Überproduktionskrise ersticken, die sich in einer enormen Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Über-



[www.vsa-verlag.de/detail/artikel/europakrise/](http://www.vsa-verlag.de/detail/artikel/europakrise/)



<http://europa.eu/rapid/pressRelease-sAction.do?reference=IP/09/1884&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



[www.hintergrund.de/201205312085/wirtschaft/finanzwelt/sieger-der-eurokrise.html](http://www.hintergrund.de/201205312085/wirtschaft/finanzwelt/sieger-der-eurokrise.html)



[www.krisis.org/2010/buchvorstellung-die-grosse-entwertung](http://www.krisis.org/2010/buchvorstellung-die-grosse-entwertung)

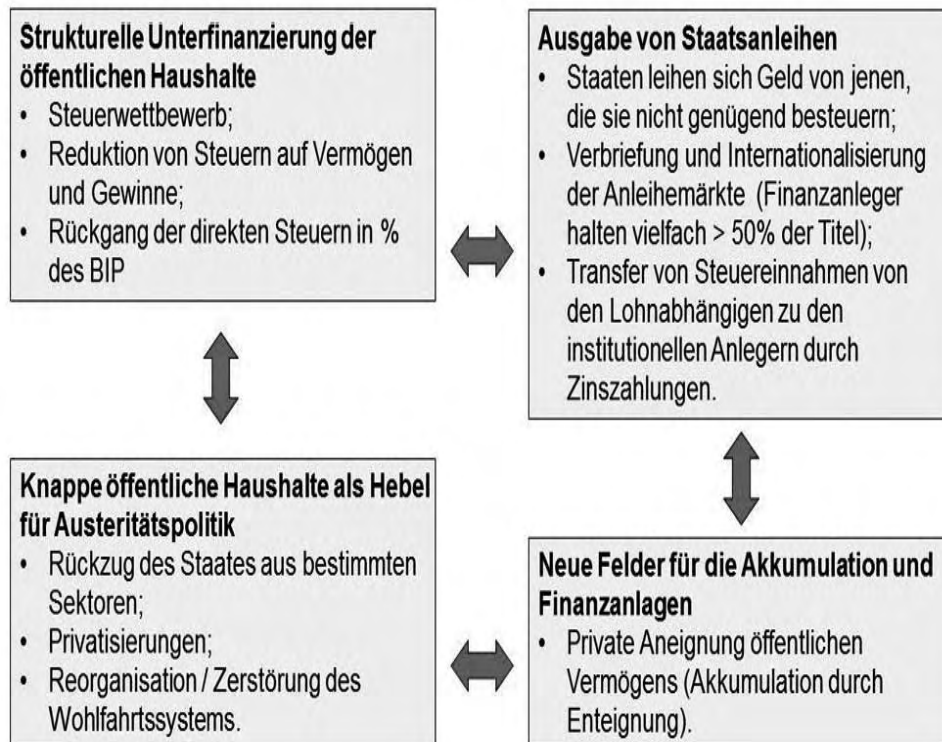


[www.heise.de/tp/artikel/37/37209/1.html](http://www.heise.de/tp/artikel/37/37209/1.html)

flutung der Märkte mit "unverkäuflichen" Waren äußern würde. (...) Gerade aus diesem Zwang zur Schuldenaufnahme resultieren die besagten Ungleichgewichte: Die kapitalistischen Volkswirtschaften entwickelten sich in zwei verschiedene Richtungen, um dieser systemischen Überproduktionskrise zu begegnen: Sie verschuldeten sich, um die besagte Defizitkonjunktur auszubilden, wie Griechenland, Spanien, Irland oder die USA. Oder sie versuchen, die Widersprüche der spätkapitalistischen Produktionsweise zu "exportieren", wie es Deutschland, China (gegenüber den USA), Süd-korea oder Japan machen. Diese Leistungsbilanzüberschüsse erhielten überall dort eine exzessive Ausprägung, wo keine Währungsabwertungen zwischen den Ex-

portwirtschaften und den Defizitländern möglich waren - also bei den gigantischen Überschüssen Chinas gegenüber den USA und Deutschlands gegenüber der Eurozone. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass etwa China und die Bundesrepublik von diesen Verschuldungsprozessen existenziell abhängig sind.

Die in diesem Kapitel gewählte Darstellung der Krisenfolgen, die wiederum krisenverschärfend wirken, folgt der Übersicht halber einer Gliederung. Es ist jedoch entscheidend, die Dynamik der Krise in der wechselseitigen Kumulation krisenverschärfender Momente zu begreifen. **Christian Zeller** hat dies mit einem Schaubild einzufangen versucht:



  
[www.emanzipati-on.org/articles/em\\_2-1/e\\_2-1\\_zeller.pdf](http://www.emanzipati-on.org/articles/em_2-1/e_2-1_zeller.pdf)

#### IV. Schuldenpolitik

Wie die herrschenden Eliten in Europa der Krise der Staatsfinanzen begegnen, ist ausführlich im letzten Denknetz Infobrief „Europa in der Krise“ dargestellt worden. Während die Ursachen des Anstiegs der Staatsschulden nach wie vor unbearbeitet bleiben - von ein paar halberzigen Versuchen der Finanzmarktregulierung einmal abgesehen - hat das Krisenmanagement teilweise absurde Züge angenommen. Neben der unsozialen und letztlich krisenverschärfenden Austeritätspolitik wird immer deutlicher,

dass die Massnahmen zur Eurorettung durch die europäischen Regierungen und der EZB - Kauf von Staatsanleihen, "Kreditzahlungen" im Rahmen des neugegründeten Rettungsfonds - nichts anderes als eine Sozialisierung von Verlusten zugunsten der Gläubiger und damit der Finanzmärkte darstellen. Eine Analyse von **Wolfgang Streeck**, Direktor des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIG) über die schleichende Aushöhlung der Demokratie durch ein sich wechselseitig verstärkendes Zusam-



[www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz\\_Infobrief\\_17\\_Europa\\_in\\_der\\_Krise.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz_Infobrief_17_Europa_in_der_Krise.pdf)



[www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ein-neuer-kapitalismus-das-ende-der-nachkriegsdemokratie-1.1427141](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ein-neuer-kapitalismus-das-ende-der-nachkriegsdemokratie-1.1427141)

menspiel der „Finanzmärkte“ und des abhängig gemachten "EU-Imperiums" fasst dies pointiert zusammen:

„Zwischen den Nationalstaaten Europas und der internationalen Hochfinanz unserer Tage bestehen seit Langem vielfältige Verwicklungen. Nach Einführung des Euro gaben die Geldhäuser Europas und Amerikas den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion Kredit, was das Zeug hielt, und allen zu praktisch gleich niedrigen Zinsen. Nach 2008 ließen sie sich dann von denselben Staaten, die zugleich ihre Volkswirtschaften vor ihnen zu retten hatten, vor sich selber retten. Dadurch stieg die öffentliche Verschuldung auf ein Niveau, das die gerade geretteten Finanzinstitute um die Zahlungsfähigkeit ihrer staatlichen Retter-Schuldner fürchten ließ. "Die Märkte" signalisierten Panik, indem sie die Zinsen für ausgewählte Staaten erhöhten, und verlangten Beruhigung durch eine "glaubhafte", das heißt irreversible Internationalisierung der Staatsschulden. Damit wurde der Finanzsektor zum Vorkämpfer europäischer "Solidarität" - wenn nicht zwischen den Völkern, dann doch der Völker mit ihm.“

Auch die diversen Lösungsvorschläge jenseits des herrschenden Krisenmanagements wurden im letzten Infobrief dargestellt. Gefordert werden neben Eurobonds zur kurzfristigen Stabilisierung der Krisenländer, Schuldenerlasse im Rahmen eines "solidarisches Management der Schulden". Für **Roland Herzog** und **Hans Schäppi** wären hierzu "in einem ersten Schritt BürgerInnen-Anhörungen in allen Ländern einzuleiten, in denen die Staatsschulden untersucht und illegitime Schulden (beispielsweise die durch Bankenrettungen verursachten) identifiziert werden, die in der Folge unilateral oder in völkerrechtlichen Abkommen zu streichen sind". Anfang 2011 starteten prominente Intellektuelle verschiedener Länder (z.B. Noam Chomsky, Jean Ziegler, Slavoi Zizek) einen entsprechenden Aufruf zu einem sogenannten **Schuldenuaudit** für Griechenland. Gefordert wird dabei die Einrichtung einer internationalen Kommission, welche das Zustandekommen der öffentlichen Schulden untersucht, ihre Legalität und Legitimität bewertet, um dann entsprechende Vorschläge zu einem gerechten Abbau der Schulden machen zu können: "The aim of the Commission will be to ascertain why public debt was incurred, the terms on which it was contracted, and the uses to which borrowed funds were put. On the basis of these considerations, the Commission will make appropriate recommendations to deal with debt, including debt that is shown to be illegal, illegitimate or odious. The purpose of the Commission will be to help Greece take all necessary measures to confront the burdens of debt. The Commission will also seek to find who was responsible for problematic debt agreements."

Die Forderung nach einem Schuldenuaudit wird längst nicht mehr nur im Bezug auf Griechenland gestellt. In An-

knüpfung an eine lange Tradition kritischer Schuldenpolitik werden in jüngerer Zeit Staatsschulden wieder verstärkt als Ausdruck, Folge und Verstärker globaler Herrschaftsbeziehungen kritisiert. Sehr aktiv ist diesbezüglich beispielsweise das European Network on Debt and Development (EUDAT), einem Netzwerk von 59 Organisationen aus 19 Ländern. Hier werden sowohl konkrete Empfehlungen für eine demokratische und soziale Schuldenpolitik in bestimmten Ländern des "globalen Südens" wie auch allgemein anwendbare Prinzipien (debt workout mechanism) entwickelt.

Den Kern einer solidarischen Schuldenpolitik stellen Schuldenschnitte bzw. -Erlasse dar, da sie kurzfristig die effektivsten Instrumente sind, um den Schuldendruck auf die öffentlichen Haushalte zu vermindern und so den Spielraum für eine ökonomisch und sozial nachhaltige Haushaltspolitik überhaupt zu eröffnen. Die Erfahrung mit dem Schuldenschnitt von gut 100 Milliarden Euro, welche die EU Griechenland im vergangenen Jahr erlassen hat, zeigt jedoch, dass es darauf ankommt, an welche Bedingungen der Schnitt geknüpft ist und wer die Kosten zu tragen hat. **Gregor Kritidis** hierzu: "Die privaten Gläubiger konnten mit geringen Abschlägen ihre restlichen Titel in neue Anleihen umtauschen, während die öffentlichen Anleger, also der IWF und die EZB davon ausgenommen blieben. Die Hauptlast des Schuldenschnitts wurde den griechischen Anlegern aufgebürdet, also insbesondere öffentlichen Institutionen, denen die Regierung den Kauf von Staatsanleihen auferlegt hatte. Die griechischen Banken, die sich teilweise im Besitz von französischen Geldhäusern befinden, wurden dagegen durch die Kredite der Troika rekaptalisiert. Faktisch fand also eine weitere Enteignung öffentlichen Vermögens statt". Darüber hinaus führt mittel- und langfristig kein Weg vorbei an der Verringerung der Ungleichheit durch Lohnerhöhungen (vgl. hierzu **Michel Husson** in der Zeitschrift Luxemburg) einerseits sowie einer nennenswerten, sozial gerechten Erhöhung der Steuereinnahmen (vgl. Denknetz Steueragenda) andererseits. Denn "die abnehmende Bereitschaft, dem öffentlichen Sektor Raum zu geben, ihn zu finanzieren, seine Notwendigkeit anzuerkennen, ist das wahre Übel heute", so **Brigitte Unger**, deren Resümee zugleich diesen Infobrief beschliessen soll: "Die Staatsschuldendebatte ist zu einer verdeckten Debatte um die Rolle des Staates schlechthin geworden."



[www.eurodad.org/uploadedfiles/what\\_s\\_new/reports/eurodad%20debt%20workout%20principles\\_final.pdf](http://www.eurodad.org/uploadedfiles/what_s_new/reports/eurodad%20debt%20workout%20principles_final.pdf)



[www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Herzog\\_Schappi-WSP61.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Herzog_Schappi-WSP61.pdf)



<http://mrzine-monthlyreview.org/2011/greece03031p.html>

vgl. hierzu auch die ausführliche Auseinandersetzung am Beispiel des krisenbedingten Anwachsens griechischer Staatsschulden im Text von **Christian Zeller** "Streichung der illegitimen Schulden".



[www.emanzipation.org/articles/em\\_2-1/e\\_2-1\\_zeller.pdf](http://www.emanzipation.org/articles/em_2-1/e_2-1_zeller.pdf)



[www.sopos.org/aufsaetze/50e44ac9-bec39/1.phtml](http://www.sopos.org/aufsaetze/50e44ac9-bec39/1.phtml)



[www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2250](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2250)



[www.boeckler.de/wsimit\\_2012\\_04\\_kommentar.pdf](http://www.boeckler.de/wsimit_2012_04_kommentar.pdf)